

Niederschrift HFA/010/2010

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 31.08.2010

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Vertreter für RM Hemelt
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Vertreter für RM Fehr- mann
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Vertreter für RM Stefan Gude

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Lütkemeier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung des öffentlichen Teils werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 09 über die öffentliche Sitzung am 29.06.2010

0:00:50

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 29.06.2010 gefassten Beschlüsse

0:01:09

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

3.1. Finanzierungsbeteiligung des Kreises Steinfurt am Kloster Bentlage

0:01:35

Frau Dr. Kordfelder verweist auf das der Einladung beigefügte Schreiben des Kreises Steinfurt und erläutert, dass der Kreis Steinfurt sich für eine Finanzierungsbeteiligung an den Aufwendungen des Klosters Bentlage nicht einsetzen könne. Aus Gesprächen sei jedoch deutlich geworden, dass der Landrat weiterhin seine Unterstützung, bezogen auf die Projekte, die im Kloster weiterentwickelt würden, zugesagt habe.

3.2. Aufhebung der nächtlichen Sperrstunde

0:02:58

Frau Dr. Kordfelder erinnert an den gemeinsamen Initiativantrag der CDU- und FDP-Fraktion zur Aufhebung der nächtlichen Sperrstunde. Die Verwaltung habe Gespräche mit den Beteiligten geführt.

Herr Kuhlmann ergänzt, dass der Kostenvoranschlag der DEHOGA ihm seit gestern vorliege, dieser aber noch nicht hätten ausgewertet werden können. Das Thema müsse auf eine der nächsten Sitzungen vertagt werden.

3.3. Liquiditätssituation der Stadt Rheine

0:04:38

Herr Lütke-meier informiert, dass mit dem heutigen Stichtag ein Liquiditätskredit in Höhe von 12.297.000 € in Anspruch genommen worden sei. Dies sei eine Steigerung zur letzten Sitzung von 3 Millionen €.

3.4. Steuererträge

0:05:18

Herr Lütke-meier informiert, dass er bereits mehrfach in diesem Jahr zur Entwicklung der Gewerbesteuererträge berichtet und dabei immer darauf hingewiesen habe, dass man den eingeplanten Betrag vermutlich erreichen werde. Aufgrund der in den Sommerferien eingegangenen Abrechnungen des Finanzamtes und den sich daraus ergebenden Bescheiden über Gewerbesteuervorauszahlungen und –festsetzungen könne man aktuell sogar von Mehrerträgen in Höhe von 1 Mio. € brutto, d. h. abzüglich der Gewerbesteuerumlage, ausgehen. Auch die von der Regierungskoalition angekündigte Korrektur des Gemeindefinanzierungsgesetzes GFG 2010 (Wiedereinführung der Beteiligung an der Grunderwerbssteuer und Rücknahme der Befrachtung zur Finanzierung des Landeshaushalts) könnten sich positiv auf das diesjährige Jahresergebnis auswirken. Wann und wie die Um-

setzung erfolge, sei noch offen. Deshalb könne zu den konkreten Auswirkungen für die Stadt Rheine noch keine Aussage getroffen werden.

Demgegenüber zeichne sich aber im Bereich des Jugendamtes ein Mehrbedarf von bis zu 400.000 € ab. Grund seien steigende Fallzahlen in den Bereichen „gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern mit ihren Kindern“ und „Sozialpädagogische Hilfen“.

Wenn sich alle anderen geplanten Erträge und Aufwendungen in den Fachbereichen und im Zentralhaushalt nicht wesentlich verändern würden, könne dies insgesamt dazu führen, dass man den Konsolidierungsbeitrag der Stadtwerke für 2010 nicht in voller Höhe zur Unterschreitung der Schwellenwerte für ein Haushaltssicherungskonzept in Anspruch nehmen müsse.

In den letzten Wochen sei mit den Vorbereitungen der Haushaltsplanung für die Jahre 2011 bis 2014 begonnen worden. Die bei der Verabschiedung des Haushaltplanes 2010 vorliegenden regionalisierten Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung hätten jetzt einbezogen werden können. Gegenüber der bisherigen Finanzplanung würden sich daraus für die Jahre ab 2011 Mindererträge in Millionenhöhe beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergeben. Auf gleichzeitig zu erwartende Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen habe er, Herr Lütkemeier, bereits in der Haupt und Finanzausschusssitzung am 29. Juni hingewiesen. Anders als in den Vorjahren lägen der Stadt Rheine aktuell aber weder die Eckpunkte, geschweige denn ein Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011, noch die maßgebenden Steuerkraftzahlen vor. Auch die Orientierungsdaten des Landes für die Haushaltsplanung der Kommunen seien erst für die 2. Septemberhälfte angekündigt. Eine betragsmäßige Konkretisierung der Mindererträge sei somit noch nicht hinreichend möglich.

Zusammenfassend sei aber bereits heute festzustellen, dass Verbesserungen im Haushaltsvollzug dieses Jahres genutzt werden müssten, um die Verschlechterungen in den Folgejahren weitestgehend ausgleichen zu können.

4. Besetzung der Strategie- und Finanzkommission Vorlage: 299/10

0:09:30

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Mitgliederzahl der Fraktionsmitglieder in der Strategie- und Finanzkommission auf 8 Mitglieder festzulegen.

Die CDU-Fraktion benennt 3 Mitglieder, die SPD-Fraktion benennt 2 Mitglieder. Die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die Fraktion Alternative für Rheine (AfR) benennen je 1 Mitglied.

Für die Fraktion Alternative für Rheine (AfR) wird folgendes Fraktionsmitglied benannt:

Mitglied	Herr Rainer Ortel
Stellvertreter/in	Frau Birgit Marji

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Ortel bedankt sich bei allen Fraktionen im Rat für das Votum und erklärt, dass die neue Fraktion kooperationsbereit gegenüber der Verwaltung und allen anderen Fraktionen sein werde.

**5. Josef-Winckler-Zentrum Bühnentechnik Aula
hier Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses
Vorlage: 395/10/1**

0:12:07

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss genehmigt den von der Beigeordneten Ute Ehrenberg und den Ratsmitgliedern Hermann-Josef Kohnen, Jürgen Roscher, Alfred Holtel und Robert Grawe am 05.08.2010 gefassten Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 60 Abs. 2 Satz 2 GO mit folgendem Wortlaut:

Es wird die Ausnahme von der Haushaltssperre für das Projekt 1401/7 Josef-Winckler-Zentrum Bühnentechnik“ beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Schülerfahrkosten zur Don-Bosco-Schule Mesum
Vorlage: 418/10**

0:13:14

Herr Dr. Winter verweist auf die Vorlage.

Herr Mollen hält fest, dass Basis für die freiwillige Zahlung der Schülerfahrkosten ein Beschluss ohne zeitliche Begrenzung aus dem Jahr 1994 gewesen sei. Dieser sei jetzt durch eine Mitteilung an die Eltern, dass die Fahrtkosten nicht weiter gezahlt werden könnten, aufgehoben worden. Herr Mollen stellt infrage, ob es nicht erforderlich gewesen wäre, dieses im Fachausschuss vor zu beraten und durch einen Ratsbeschluss wieder aufzuheben. Inhaltlich sei die SPD-Fraktion mit dem Vorschlag einverstanden, obwohl es wünschenswert gewesen wäre, wenn im Vorfeld diskutiert worden wäre.

Herr Niehues merkt an, dass der Schulausschuss am 31. Januar 2007 mit der Vorlage 74/07 darüber informiert worden sei, dass im Rahmen der Haushalts- und Investitionsplanung bis zum Jahre 2010 diese freiwilligen Schülerfahrkosten gewährt werden und danach auslaufen sollten. Die Umsetzung sei Verwaltungshandeln. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Dr. Winter erläutert, dass im August – 4 Wochen vor Beginn des neuen Schuljahres – entschieden worden sei, dass die Fahrtkosten für die Don-Bosco-Schule nicht weiter wie bisher übernommen würden. Der Schulleiter, Herrn Kemper habe mitgeteilt, dass sich seit der Änderung kein Kind von der Schule abgemeldet hätte.

Herr Mollen stellt klar, dass 2007 im Schulausschuss darüber informiert worden sei, dass die Gewährung der freiwilligen Leistung für den Zeitraum der Finanzplanung ausgedehnt würde. Es sei nicht davon gesprochen, dass der 1994 gefasste Ratsbeschluss im Jahr 2010 aufgehoben werden sollte.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die Thematik gegebenenfalls noch einmal aufzubereiten und im Rat am 5. Oktober einzubringen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der der Strategie- und Finanzkommission Ende 2006 von der Schulverwaltung unterbreitete Einsparvorschlag bezüglich der Einstellung der freiwilligen Übernahme von Schülerfahrkosten für Fahrten von Elte und Hauenhorst zur Don-Bosco-Hauptschule ab dem Schuljahr 2010/2011 umgesetzt ist. Ab diesem Zeitpunkt werden den Schülerinnen und Schülern, welche einen unbeleuchteten Schulweg befahren müssen, lediglich in der Zeit vom 1. November bis zum 31. März Busfahrkarten kostenlos zur Verfügung gestellt.

7. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

0:25:14

Es liegen keine Eingaben vor.

8. Einwohnerfragestunde

0:25:20

Es folgen keine Wortmeldungen.

9. Anfragen und Anregungen

9.1. Fahrtkostenerstattung Altenrheine, Anfrage von Herrn Mollen

0:25:55

Herr Mollen erklärt, dass es Rückmeldungen aus Altenrheine gebe, wonach das Verfahren für die Vermessung der Schulwege schwer nachvollziehbar sei. Die Schulwege seien über ein EDV-Programm vermessen worden. Das Programm fordere von den Kindern einen zum Teil unbeleuchteten Schulweg mit mehreren Straßenwechsellern ab.

Die SPD-Fraktion bittet darum, das Verfahren transparenter zu halten und die Kriterien für die Schulwegberechnung den Eltern auf Nachfrage noch einmal klarzumachen. Es soll im Einzelfall die Möglichkeit gegeben werden, die Schulwegvermessung noch einmal zu überprüfen.

Ende des öffentlichen Teils: 17:35 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin